

# Zwischen Autonomie und Anpassung

## Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich

Dieter Hoffmann und Mark Walker

**In einem von der DPG initiierten und finanzierten Forschungsprojekt versucht eine internationale zusammengesetzte Gruppe von Physikhistorikern die Geschichte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Dritten Reich zu bilanzieren.<sup>1)</sup>**

Als am 30. Januar 1933 in Deutschland den Nationalsozialisten die Macht übertragen wurde, da bedeutete dies einen gravierenden Eingriff in das politische Leben Deutschlands – mit jenen katastrophalen Folgen, die wir alle kennen. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft beschränkten sich aber nicht nur auf den Bereich der politischen Machtausübung, sondern wie in jeder Diktatur erhob auch das nationalsozialistische Herrschaftssystem nach und nach für alle Bereiche des öffentlichen Lebens seinen Machtanspruch – nicht zuletzt auch in den Wissenschaften. Für letztere war wohl der sichtbarste Ausdruck dieser Einflussnahme der Exodus führender Gelehrter, der auf vielen Gebieten zudem mit einem sukzessiven Verfall der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und der Zunahme bzw. der Förderung einer vordergründigen Anwendungsorientierung bzw. militärtechnischen Ausrichtung der Forschung einher ging. In diesen Prozess war die Physik als Kerndisziplin moderner naturwissenschaftlich-technischer Forschung in besonderer Weise einbezogen. Zum institutionellen Netzwerk der Physik gehörte nicht zuletzt die Deutsche Physikalische Gesellschaft. Im Jahre 1845 gegründet, war sie eine der ältesten und einflussreichsten wissenschaftlichen Fachgesellschaften Deutschlands und stand zu Beginn der dreißiger Jahre im Zenit ihrer Geschichte. Dies sowohl mit ihrer Mitgliederzahl, die mit über 1300 eine erste Sättigung erreicht hatte, als auch hinsichtlich Bedeutung und internationalem Ansehen, welche die Physik in Deutschland damals besaß.

Was bedeutete nun die historische Zäsur der nationalsozialis-

tischen Gewaltherrschaft für die Geschichte dieser traditionsreichen Gesellschaft? Nimmt man die erhalten gebliebenen Dokumente der Gesellschaft – die Protokolle des Vorstands, der Sitzungen der Gesellschaft oder ihre Publikationen – zur Hand, so ist im Frühjahr 1933 von einer Zäsur nichts zu spüren. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, der Reichstagsbrand vom 27. Februar, das Ermächtigungsgesetz vom 24. März wurden vom Vorstand der Gesellschaft – zumindest offiziell – genauso wenig wahrgenommen wie der „Judenboykott“ vom 1. April oder auch das sog. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April, das immerhin den Rahmen für die Entlassung vieler jüdischer oder politisch missliebiger Wissenschaftler aus dem Staatsdienst bot. Selbst als Albert Einstein, immerhin ehemaliger Vorsitzender der DPG und der wohl berühmteste Physiker seiner Zeit, wegen der „in Deutschland gegenwärtig herrschenden Zustände“ seine Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie der Wissenschaften demonstrativ niederlegte und ins amerikanische Exil ging, gab es keine offizielle Reaktion seitens der Gesellschaft. Max von Laue, der damalige Vorsitzende der Gesellschaft und nach 1945 als einer der wenigen standhaften und moralisch integer gebliebenen deutschen Physiker im Ausland geschätzt, setzte sich zwar öffentlich – so in der Akademie – für seinen Freund und hochgeschätzten Kollegen ein, doch in einem privaten Brief tadelte er zugleich dessen Verhalten: „Aber warum musstest Du auch politisch hervortreten!“. Noch 1948 findet man in einem Brief an Lise Meitner die Haltung Einsteins mit den Worten charakterisiert: „Da sich Einstein fast 20 Jahre hindurch in Berlin politisch betätigt hatte (ich bin weit entfernt, dies als Vorwurf zu meinen), war sein Ausscheiden aus der Berliner Akademie 1933 unvermeidlich.“ Wie die überwiegende Mehrzahl der Physiker verstanden sich damals Laue und mit ihm seine



Vorstandskollegen als vermeintlich unpolitische Vertreter ihres Faches und man sah daher keinerlei Veranlassung, zu den politischen Ereignissen explizit Stellung zu beziehen; zumal die Macht des totalitären Staates nicht schlagartig auf allen Gebieten wirksam bzw. sichtbar wurde. Diese vermeintlich unpolitische Haltung war erst dann herausgefordert, als die Standards des eigenen Faches ganz unmittelbar betroffen und durch die Eingriffe der Politik gefährdet erschienen.

### Der Übernahmeversuch

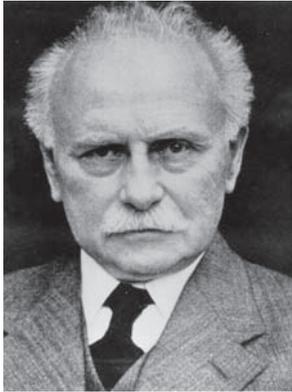
Zum ersten offenen Konflikt zwischen der Gesellschaft und den neuen Machthabern bzw. deren Repräsentanten in der Physikerschaft kam es im Herbst 1933, auf dem alljährlichen Physikertag der Physikalischen Gesellschaft. Johannes Stark, seit Mitte der zwanziger Jahre Anhänger der Nazis und nach ihrer Machtübernahme zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgestiegen, wollte seinen Anspruch auf die unumschränkte Führerschaft der Physik in Deutschland mit der Wahl zum

**1938 wurden alle „reichsdeutschen“ jüdischen Mitglieder aus der DPG ausgeschlossen.**

<sup>1)</sup> Ein demnächst im Verlag Wiley-VCH unter dem Titel „Physiker zwischen Autonomie und Anpassung“ (ISBN 5-527-40585-2) erscheinendes Buch wird die innerhalb des Projekts entstandenen Studien zusammenfassen. Dort finden sich die Belege der Zitate und ausführliche Literaturhinweise.

**Prof. Dr. Dieter Hoffmann, MPI für Wissenschaftsgeschichte, Boltzmannstraße 22, 14195 Berlin; dh@mpiwg-berlin.mpg.de**  
**Prof. Dr. Mark Walker, Union College, Department of History, Schenectady, NY 12308-3107; walkerm@union.edu**

Vorsitzenden der DPG krönen. Vor dem Physikertag machte er seine Anwartschaft auf den DPG-Vorsitz mit einer programmatischen Rede über die „Organisation der physikalischen Forschung“ geltend, in der er seine Vorstellungen über die Neuordnung der physikalischen Forschung und der Rolle der Physik im Dritten Reich entwickelte. Er kündigte u. a. an, aus der PTR ein „Zentralorgan“ für die Physik in Deutschland machen zu wollen



**Johannes Stark (1874–1957) (links), ein überzeugter Anhänger der Nazis, versuchte 1933 erfolglos, Nachfolger des scheidenden DPG-Vorsitzenden Max von Laue (1879–1960) zu werden. (re. Foto: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)**



und z. B. das gesamte physikalische Schrifttum von der PTR aus in Gestalt eines Generalredakteurs zu führen, d. h. zu kontrollieren. Der Rede Starks war die Eröffnungsrede des aus dem Amt scheidenden Vorsitzenden der Gesellschaft Max von Laue vorangegangen. Dieser hatte dabei auf das 300-jährige Jubiläum der Verurteilung Galileo Galileis durch die römische Inquisition hingewiesen und Galilei die Frage in den Mund gelegt: „Was soll das alles? Ob ich, ob irgendein Mensch es nun behauptet oder nicht, ob politische, ob kirchliche Macht dafür ist oder dagegen, das ändert doch nichts an den Tatsachen! Wohl kann Macht deren Erkenntnis eine Zeitlang aufhalten, aber einmal bricht diese doch durch.“ Laue schloss seine Rede mit der Feststellung: „Auch später gab es für die Wissenschaft manchmal schlechte Zeiten ... Aber bei aller Bedrückung konnten sich ihre Vertreter aufrichten an der sieghaften Gewißheit, die sich ausdrückt in dem schlichten Satze: Und sie bewegt sich doch!“

Von den Zuhörern wurden diese couragierte Rede zurecht als Metapher für die aktuelle Vertreibung Einsteins und die Diffamierung der Relativitätstheorie durch die Nationalsozialisten, ja als Voraussage für anstehende schlechte Zeiten für die Wissenschaft verstanden. Der verheerende Eindruck, den Starks Rede und seine poltrige Replik auf

die Ausführungen Laues bei den Anwesenden hinterlassen hatten, führten dazu, dass Stark bei der Wahl durchfiel. In geheimer Wahl wurde stattdessen mit überwältigender Mehrheit – nur zwei Stimmen sollen auf Stark entfallen sein – der Gegenkandidat des DPG-Vorstands, der Industriephysiker und Osram-Direktor Karl Mey, zum Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt; Mey war zugleich auch Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für technische Physik. Eine Konsequenz des gescheiterten „Staatsstreichs“ von Stark war, dass die DPG in den folgenden Jahren von der NS-Führung wissenschaftspolitisch marginalisiert wurde und sich damit der forcierten Neuordnung des Vereinswesens und nationalsozialistischen Gleichschaltung zunächst weitgehend entziehen konnte.

Starks Versuch, die DPG unter seine Kontrolle zu bringen, muss als Teil eines Konzepts angesehen werden, das wissenschaftliche Vereinswesen im Sinne des Nationalsozialismus neu zu ordnen und zu kontrollieren. Dafür hatte man unter der Leitung von Fritz Todt zunächst eine Reichsgemeinschaft der wissenschaftlich-technischen Arbeit (RTA) gegründet, dem sich z. B. der traditionsreiche VDI, der Verein deutscher Chemiker und auch andere wissenschaftlich-technische Organisationen im Sinne einer Selbstgleichschaltung relativ schnell angeschlossen hatten. Die DPG konnte sich der Eingliederung in diese Organisation erfolgreich entziehen, genauso wie man dann ausgangs der Dreißigerjahre den Anschluss an die Nachfolgeorganisation, den 1937 gegründeten Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik, zu verhindern wusste. Die Bewahrung solcher Restautonomie machte es u. a. möglich, dass es bis 1938 zu keinem politisch oder rassistisch motivierten Mitgliederausschluss kam, die Herausgeberschaft jüdischer Wissenschaftler in den von der DPG betreuten Zeitschriften nicht infrage gestellt wurde und auch der Kontakt zu emigrierten Kollegen weiter geführt wurde. So findet man im Mitgliederverzeichnis auch weiterhin die Namen jüdischer und emigrierter Kollegen. Allerdings vermisst man den Namen Albert Einsteins, der jedoch im Juni 1933 um die Streichung seines Namens gebeten und in diesem Zusammenhang sarkastisch an Laue geschrieben hatte: „Ich habe erfahren, dass meine nicht

geklärte Beziehung zu solchen deutschen Körperschaften, in deren Mitgliederverzeichnis mein Name noch steht, manchen meiner Freunde in Deutschland Ungelegenheiten bereiten könnte. Deshalb bitte ich Dich, gelegentlich dafür zu sorgen, dass mein Name aus den Verzeichnissen dieser Körperschaften gestrichen wird. Hierher gehört z. B. die Deutsche Physikalische Gesellschaft“. In seinem Antwortbrief dankte Laue dann Einstein dafür, „dass Du uns die Lage möglichst zu erleichtern strebst, so konnte ich beides doch nicht ohne herzlichste Betrübnis tun. Ich hoffe, dass in nicht zu langer Zeit die Geister sich beruhigt haben werden, und dass dann die Deutsche Physikalische Gesellschaft in der einen oder anderen Form die Verbindung mit Dir wiederherstellen kann.“ Laues Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen, denn Einsteins Bruch mit Deutschland und deutschen Institutionen war angesichts der Schreckenstaten der Nazis und der Shoa irreversibel, sodass es auch nach 1945 zu keiner Wiederaufnahme der Beziehungen zur DPG – wie auch zu anderen deutschen Wissenschaftsinstitutionen – kam.

### Die Haber-Feier

Neben Albert Einstein zählte Fritz Haber zu den wohl prominentesten Wissenschaftlern, die nach 1933 in die Emigration gezwungen wurden. War Einstein als bekennender Demokrat, Pazifist und Förderer der zionistischen Bewegung bereits in der Weimarer Republik bevorzugtes Angriffsziel der politischen Rechten und namentlich der Nazis gewesen, so wurde Fritz Haber wegen seines Einsatzes im Ersten Weltkrieg, der ihn zum Vater des Giftgaskrieges machte, auch in politisch konservativen Kreisen als deutscher Patriot geschätzt. Dennoch rückte 1933 das Habersche Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie ins Zentrum der nationalsozialistischen Angriffe und Hetztiraden, da es überdurchschnittlich viele jüdische Physiker und Chemiker beschäftigte. Als Haber aufgrund des Berufsbeamtengesetzes diese entlassen musste, quittierte auch er seinen Dienst und ging in die Emigration, wo er im Januar 1934 als gebrochener Mann starb. Ein Jahr später, am 29. Januar 1935, veranstaltete die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gemeinsam mit der DPG und der Deutschen Chemischen Gesellschaft eine Gedenk-

veranstaltung zu Ehren Habers, die von Max Planck organisiert wurde und kontroverse Reaktionen hervorrief. Beamte des Wissenschaftsministeriums sahen in der Veranstaltung eine Herausforderung des nationalsozialistischen Staates, da diese einen Juden ehrte, der sich zudem gegen die nationalsozialistische Politik gestellt hatte. Das Ministerium verbot in einem Rundschreiben seinen Untergebenen, namentlich den Angestellten und Professoren der Hochschulen, an der Feier teilzunehmen. Planck machte daraufhin als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegenüber dem Ministerium deutlich, dass die Gesellschaft „von ihrer positiven Einstellung zum heutigen Staat und ihrem Treuebekenntnis zum Führer und seiner Regierung häufig genug durch Wort und Tat Zeugnis abgelegt, um für sich das Vertrauen beanspruchen zu dürfen, daß bei ihrer in Aussicht genommenen Veranstaltung auf das Peinlichste jede Wendung vermieden wird, welche zu irgend welchen Mißdeutungen Anlaß geben könnte“. Die Reaktion des Ministeriums war, dass man das generelle Verbot der Feier zwar nicht aufhob, doch wurde Planck – „mit Rücksicht darauf, daß die Presse des In- und Auslandes bereits auf die Angelegenheit aufmerksam geworden ist, daß ausländische Teilnehmer zu der Feier erwartet werden, und daß schließlich die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft private Mitglieder in ihren Reihen zählt“ – gestattet, „die Veranstaltung als rein interne und private Feier der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft stattfinden zu lassen“ und an der Teilnahme interessierte Kollegen sollten auf Antrag auch einen ministeriellen Dispens vom nach wie vor geltenden Verbot erhalten können. Die Veranstaltung fand so wie geplant am 29. Januar 1935 im Harnack-Haus der KWG in Dahlem statt. Allerdings waren beim Ministerium kaum Anträge auf Dispens eingegangen und viele hatten es vorgezogen, als Zeichen der Ehrung für Haber, aber auch als stillen Protest, ihre Ehefrauen zur Feier zu schicken. Selbst Max von Laue, Professor an der Berliner Universität und der mit einem bemerkenswerten Nachruf auf Haber erneut den Zorn Starks und anderer Nazis auf sich gezogen hatte, verzichtete auf eine Teilnahme. Auf der Veranstaltung hielten so allein Max Planck und Otto Hahn Gedächtnisreden. Diese waren zwar Mitglieder

der DPG, doch agierte Planck als Repräsentant der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Hahn hielt die Gedächtnisrede Karl-Friedrich Bonhoeffers, dem die Teilnahme vom Rektor der Berliner Universität untersagt worden war. Auch wenn die Haber-Feier oft und gerade in den ersten Nachkriegsjahren als eine Aktion des Mutes und Widerstands der Wissenschaftler und speziell der DPG gegenüber nationalsozialistischer Willkür und dem NS-Staat generell hochstilisiert wurde, zeugt sie nicht einmal von besonderer Zivilcourage der meisten Akteure. Sie ist allenfalls als Höhepunkt im öffentlichen Dissens der Wissenschaft gegenüber der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik und als ein Versuch rein fachspezifischer Schadensbegrenzung zu werten.

### Die Deutsche Physik

Als wohl bekanntestes und obskurstes Beispiel nationalsozialistischer Einflussnahme auf die Physik gilt die Bewegung der sogenannten „Deutschen Physik“, die von den Nobelpreisträgern Philipp Lenard und Johannes Stark begründet und angeführt wurde. Zwar blieb ihre Anhängerschaft auf wenige Dutzend, zumeist jüngere Physiker beschränkt, doch besaß sie zumindest in der Anfangszeit des Dritten Reiches das Ohr der Mächtigen und damit Macht und Einfluss – nicht zuletzt in den Hochschulen und bei der Stellenbesetzung. Hinsichtlich letzterem ist das bekannteste Beispiel die Regelung der Nachfolge von Arnold Sommerfeld in München, auf dessen renommierten Lehrstuhl 1938 der Aerodynamiker Wilhelm Müller berufen wurde, der als theoretischer Physiker bis dahin wenig hervorgetreten war und von den maßgeblichen Vertretern des Faches nicht anerkannt wurde. Die Auseinandersetzungen um die Sommerfeld-Nachfolge und die damit einhergehenden Angriffe der Deutschen Physik auf die moderne Physik und ihre Vertreter – u. a. im Völkischen Beobachter und der SS-Zeitschrift „Das schwarze Korps“ – wird in der physikhistorischen Literatur häufig nicht nur als Höhepunkt der Rolle der Deutschen Physik im Dritten Reich, sondern auch als „ein Ruhmesblatt der wirklichen deutschen Physik ... im Kampf gegen die Parteiphysik“ charakterisiert. Namentlich die DPG erhob für sich den Anspruch, sich in herausgehobener Weise bei diesen Auseinander-

setzungen engagiert und sich als eine mutigen Widerstand leistende Standesorganisation der „wirklichen deutschen Physik“ gezeigt zu haben. Neuere Erkenntnisse machen indes deutlich, dass sich die DPG in den fraglichen Auseinandersetzungen eher passiv verhielt und sich weitgehend aus den damaligen Konflikten um die Deutsche Physik herausgehalten hat, um eine öffentliche



Fritz Haber und Albert Einstein, hier im Jahre 1914, gehörten zu den prominentesten Wissenschaftlern, die nach 1933 in die Emigration gezwungen wurden. Beide waren ehemalige DPG-Vorsitzende, Haber von 1914 bis 1916, Einstein von 1916 bis 1918.

und direkte Konfrontation mit dem NS-Regime zu vermeiden. Als dann endlich 1942, in der berühmten Eingabe der DPG an Rust, das Problem der Deutschen Physik und der nicht immer fachgerechten Besetzung von Lehrstühlen konkret angesprochen wurde, hatte die Deutsche Physik längst sowohl ihren politischen Kredit als auch ihre Bedrohung und damit auch den größten Teil ihres wissenschaftspolitischen Einflusses verloren, sodass sie dem DPG-Vorstand um Carl Ramsauer nur noch als „Strohmann“ bei der Verfolgung weitreichender und durchaus systemkonformer forschungspolitischer Ziele diente. Die von Ramsauer und anderen nachträglich zur Schau gestellte prononcierte Gegnerschaft gegen die Deutsche Physik ist somit als ein Manöver zu charakterisieren, in der Nachkriegszeit von den wahren Kollaborationsverhältnissen mit den Machthabern und dem Ausmaß der Anpassung an die Ideologie des Nationalsozialismus abzulenken – hierfür spricht auch das beschämend-peinliche Detail, dass Ramsauer in den Veröffentlichungen der Nachkriegszeit konsequent jene Passagen aus den Originalpublikationen weggelassen hat, die allzu fatal an die Lingua Tertii Imperii erinnern und z. B. in der erwähnten Eingabe feststellten, dass sich „der

berechtigte Kampf gegen den Juden Einstein und gegen die Auswüchse seiner spekulativen Physik ... auf die ganze moderne theoretische Physik übertragen und sie weitgehend als ein Erzeugnis jüdischen Geistes in Missachtung gebracht (hat) ...“ .

### Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder

Mit der Festigung der nationalsozialistischen Macht und der Verschärfung der Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bürger in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre – man denke etwa an die Nürnberger Gesetze (1935) oder die so genannte „Reichskristallnacht“ (1938) – wuchs auch der Druck auf die Physikalische Gesellschaft, sich endlich voll in das nationalsozialistische Herrschaftssystem einzugliedern. Dieser Druck ging im Übrigen nicht allein von außen, seitens des Wissenschaftsministeriums oder anderer NS-Organisationen, aus, sondern wurde auch von einer Gruppe jüngerer und politisch engagierter DPG-Mitglieder ausgeübt. Ihre Wortführer waren die Berliner Her-



In der Amtszeit 1937–39 des DPG-Vorsitzenden Peter Debye (1884–1966) geschah 1938 der Ausschluss aller „reichsdeutschen Juden“ aus der DPG.

bert Stuart und Wilhelm Orthmann sowie Wilhelm Schütz aus Königsberg und Georg Stetter aus Wien. Sie versuchten die Einordnung der DPG in den Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik und damit ihre Gleichschaltung weiter voranzutreiben; auch drängte man darauf, dass die DPG endlich ihr altes Statut überarbeiten und sich eine NS-konforme Satzung geben sollte, was konkret auf die Einführung des Führerprinzips und die konsequente Umsetzung der „Arier-Frage“ hinauslief. Nachdem auch das Ministerium in den Tagen nach dem Pogrom vom 9. November 1938 die DPG, wie auch andere Wissenschaftsinstitutionen, explizit aufge-

fordert hatte, nun endlich das Problem ihrer nichtarischen Mitglieder zu regeln, sah sich der damalige Vorsitzende der Gesellschaft, Peter Debye, im Namen des Vorstands Anfang Dezember 1938 veranlasst, folgendes Rundschreiben an die DPG-Mitglieder zu versenden:

„Unter den zwingenden obwaltenden Umständen kann das Verbleiben von reichsdeutschen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze in der deutschen Physikalischen Gesellschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Im Einverständnis mit dem Vorstand fordere ich alle Mitglieder, welche unter diese Bestimmung fallen, auf, mir ihren Austritt aus der Gesellschaft mitzuteilen. Heil Hitler! gez. P. Debye, Vorsitzender.“

Mit diesem Schreiben war die ministerielle Anweisung formal umgesetzt – ohne jede öffentliche Stellungnahme oder individuelle Begeisterungsbekundung, was in diesem Fall noch kein Ruhmesblatt der DPG-Geschichte darstellt, doch damals auch keine Selbstverständlichkeit war, wie entsprechende Rundschreiben anderer Institutionen dokumentieren. Dies hatte auch die oben erwähnte Gruppe um Stuart und Orthmann registriert, die deshalb die „Nichtarier-Frage“ nochmals auf der Vorstandssitzung vom 14. Dezember 1938 zur Sprache brachte. Dabei kam es zu einer Kontroverse zwischen Debye und Orthmann, der „darauf hinwies, dass der erste Satz des an die deutschen Mitglieder der Gesellschaft gerichteten Schreibens so formuliert sei, dass er missverstanden werden könne. Hr. Debye bittet, diesen Satz so zu verstehen, wie er gemeint sei und übernimmt die Verantwortung für die gewählte Formulierung.“ In einem Brief von Schütz an Stuart wurde man deutlicher und stellt dort denunziatorisch fest: „Die Behandlung der Judenfrage durch die D.P.G. zeigte jedoch, dass für die politischen Fragen ihm (Debye – d.A.), wie nicht anders zu erwarten, das erforderliche Verständnis fehlt. Ich habe mich damals vergeblich bemüht, eine eindeutige Stellungnahme des Vorsitzenden und damit eine endgültige Lösung des Problems herbeizuführen.“ Spöttisch-drohend kommentierte der Informationsdienst der Reichsdozentenführung, hinter dem nicht zuletzt H. Stuart als Funktionär dieser NS-Organisation stand, die Angelegenheit ebenfalls: „Man scheint offensichtlich in der Dt. Phy-

sikalischen Gesellschaft noch sehr weit zurück zu sein und noch sehr an den lieben Juden zu hängen. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß nur ‚unter den zwingenden obwaltenden Umständen‘ eine Mitgliedschaft von Juden nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.“

Da Debye offenbar das erforderliche Verständnis in politischen Fragen fehlte, versuchten die Nazi-Aktivisten in der DPG, seine Wiederwahl zu verhindern und stattdessen den Jenaer Physiker Abraham Esau ins Amt zu bringen, da letzterer für die Gesellschaft „die beste Gewähr (bietet), ihre Geschicke in positiver und rückhaltloser Einstellung zum Dritten Reich“ zu führen. Esau war ein anerkannter Wissenschaftler, der sich als technischer Physiker und Pionier der drahtlosen Telegrafie einen Namen gemacht und zudem seine politische Loyalität wiederholt unter Beweis gestellt hatte. Seit 1933 war er NSDAP-Mitglied und sein Aufstieg zu einem der führenden Wissenschaftsadministratoren des Dritten Reichs ging mit der Durchsetzung der Vierjahresplanpolitik einher. Mit der Gründung des Reichsforschungsrates (1937) war er zum Leiter der Fachsparte Physik ernannt worden, und im Sommer 1939 übernahm er zudem das renommierte Amt des PTR-Präsidenten.

Nachdem Debye zur Jahreswende 1939/40 Deutschland verlassen und an der amerikanischen Cornell University eine Gastprofessur übernommen hatte, war seine Wiederwahl zwar gegenstandslos geworden, doch gelang es der Parteifraktion trotzdem nicht, ihren Wunsch kandidaten Esau durchzusetzen. Wie das Sitzungsprotokoll des Vorstands ausweist, wurde ein entsprechender Antrag Stettens, als Kandidat für den Vorsitz der DPG „Hrn. Esau in Vorschlag“ zu bringen, schon im Vorstand zu Fall gebracht. Der amtierende Vorsitzende Jonathan Zenneck wies in diesem Zusammenhang darauf hin, „daß Hr. Esau durch vielseitige andere Verpflichtungen so in Anspruch genommen sei, daß er sich dieser Aufgabe nicht genügend widmen könne.“ Der Vorstand schloss sich mit großer Mehrheit diesen Bedenken an und nominierte stattdessen Carl Ramsauer. Dieser wurde dann auch im September 1940 auf der Berliner Physikertagung von der Geschäftsversammlung mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt.

## Die Ära Ramsauer

Ramsauer war Leiter des AEG-Forschungslabors in Berlin und ein allseits geachteter Experimentalphysiker, zudem ein Schüler Lenards, sodass er für die NS-Ideologen nicht angreifbar war. Positiv schlug ebenfalls zu Buche, dass Ramsauer zwar konservativ und national geprägt war, doch nach 1933 – etwa im Gegensatz zu Esau – kein direkter Anhänger oder gar Parteigänger der Nazis wurde und auch keinerlei herausgehobene politische Funktionen übernommen hatte. Mit seiner Industriestellung und der vermeintlichen politischen Abstinenz verkörperte Ramsauer nicht nur eine gewisse Unabhängigkeit, sondern gehörte damit zu jenen einflussreichen Technokraten des Dritten Reiches, die als allseits akzeptierte Makler zwischen den Interessen der naturwissenschaftlich-technischen Community und den pragmatischen Gruppen der nationalsozialistischen Führung vermittelten. Damit stießen sie sowohl auf der fachwissenschaftlichen Seite als auch bei der Politik und nicht zuletzt in militärischen Kreisen auf breite Akzeptanz und begründeten Kollaborationsverhältnisse, die für das Wirken dieser Eliten typisch waren und die Realität im Dritten Reich prägten. Solch Verhalten hatte kaum etwas mit oppositionellem oder gar widerständigem Verhalten zu tun und erst recht nicht mit aktivem politischen Widerstand – auch wenn Ramsauer und andere dies nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt und vehement für sich reklamierten.

Für die Wahl Ramsauers zum neuen Vorsitzenden war so bestimmend – wie Zenneck an seinen Nachfolger schrieb –, dass man „unbedingt einen Vorsitzenden (brauchte), der wissenschaftliches & persönliches Ansehen genießt & die nötige Unabhängigkeit besitzt.“ Wie schon bei der Wahl im Herbst 1933, als man Starks Wahl durch die Kandidatur des Industriephysikers K. Mey verhinderte, zog es die DPG auch 1940 vor, ihre relative Unabhängigkeit zu demonstrieren und nicht servil der Parteilinie zu folgen. Obwohl sich bei Karl Mey, Jonathan Zenneck, Peter Debye und Carl Ramsauer, den Vorsitzenden der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Dritten Reich, eine konservativ-nationale Grundhaltung, teilweise auch antisemitische Auffassungen und eine gewisse Affinität zu den politischen Zielen

des Nationalsozialismus sowie Opportunismus und Kompromissbereitschaft gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern konstatieren lassen, waren sie dennoch Wissenschaftlerpersönlichkeiten, die sich um parteipolitische Unabhängigkeit und Integrität bemühten und so im Rahmen des politisch Möglichen gegebene Freiräume für die Belange der Physikalischen Gesellschaft zu nutzen verstanden.

Diese Haltung macht nicht zuletzt die Amtsführung Ramsauers als Vorsitzender der DPG deutlich. So führte er zwar das nationalsozialistische Führerprinzip in der DPG ein, doch unter Beachtung eigener Interessen und Vorteile – z. B. ließ sich Ramsauer die Vorstandskollegen wie seinen Stellvertreter Wolfgang Finkelburg oder den Geschäftsführer Walter Grotrian nicht wie sonst üblich vom Ministerium oktroyieren, sondern setzte diese in konsequenter Anwendung des Führerprinzips selbst ein. Von sehr viel zentralerer Bedeutung für Ramsauers Wirken als Vorsitzender der DPG war, dass unter seiner Ägide die Physikalische Gesellschaft aus ihrer Nischenexistenz heraustrat und zunehmend aktiver in die gesellschaftspolitischen Prozesse des Dritten Reiches eingriff. Den Anfang machte dabei eine Eingabe, die Ramsauer und seine Vorstandskollegen unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im Januar 1942 an den für die DPG zuständigen Wissenschaftsminister Bernhard Rust richteten. Das Memorandum beklagte die gefährliche Vernachlässigung der theoretischen Physik in Deutschland, die geringe finanzielle Ausstattung der deutschen Physik Institute sowie den Aufschwung der physikalischen Forschung in den angloamerikanischen Feindländern und machte deutlich, dass die Physik entscheidend zur Mobilisierung der deutschen Kriegesreserven beitragen könne und wolle. Für die DPG war diese Eingabe ein Qualitätssprung. Bis dahin hatte sie nicht versucht, die physikalische Forschung oder die Wissenschaftspolitik direkt zu beeinflussen, sondern sich allein darauf beschränkt, Fachveröffentlichungen zu beaufsichtigen, Fachtreffen zu organisieren und damit den Physikern selbst Gelegenheiten zur Präsentation ihrer Forschungsergebnisse zu geben oder auch – in seltenen Fällen – auf Ansinnen der Politik zu reagieren.

Strategisch geschickt, hatte Ramsauer die Eingabe mit Ludwig

Prandtl, dem einflussreichen Göttinger Strömungsforscher, abgestimmt und sie zudem auch noch an andere politische Stellen und hochrangige Militärs versandt. Auch wenn Ramsauer nach dem Krieg erklärte, dass er erwartet hatte, „wenigstens gehört zu werden, hatte aber auch im Hinblick auf die Schärfe der Kritik mit einer ablehnenden groben Antwort mit schweren persönlichen



Statt Johannes Stark wurde 1933 Karl Mey (1879–1945) DPG-Vorsitzender (rechts). Ihm folgte 1935 Jonathan Zenneck (1871–1959) (links).

Repressalien gerechnet. Worauf ich aber nicht gefasst war: Ich erhielt überhaupt keine Antwort.“, so ist diese Feststellung einer jener absichtsvollen Nachkriegs-Euphemismen. Das vermeintliche Nicht-Reagieren auf die DPG-Resolution spiegelt nämlich mehr die notorische Führungsschwäche des Rust-Ministeriums und dessen geringen Stellenwert in der NS-Machthierarchie wider, als dass es ein Zeichen für eine generelle Nichtbeachtung der Resolution bzw. der Physiker war. Die Physiker wurden damals sehr wohl gehört – zwar nicht von Rust, doch von Mächtigeren der NS-Hierarchie, wie Goebbels, Göring, Speer und anderen Technokraten der Macht. So findet man im Tagebuch von Goebbels den Eintrag: „Der bekannte Physiker Professor Ramsauer ... überreicht mir eine Denkschrift über den Stand der deutschen ... Physik. Diese Denkschrift ist für uns sehr deprimierend ... Jedenfalls ist auch Professor Ramsauer der Meinung, dass wir den Vorsprung der angelsächsischen Physiker einholen können ... Allerdings wird das eine geraume Zeit dauern.“

Ramsauer selbst hat 1942/43 die in der DPG-Eingabe angesprochenen Probleme in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen propagiert und damit im System des NS-Staates vernetzt. Dabei machte sich Ramsauer seine Stellung als Industriephysiker und die guten Verbindungen zu militärischen Kreisen zu nutze und schmiedete vor allem eine

Allianz mit dem militärisch-industriellen Komplex des NS-Systems. Von dieser Allianz konnten zwar das Ansehen, die Stellung und der Einfluss der DPG wie die Physik überhaupt nachhaltig profitieren, doch führte sie auch dazu, dass die Gesellschaft sich zu einer mehr oder weniger gut funktionierenden Vereinigung wissenschaftlicher Spezialisten profilierte, die dem NS-Staat nicht in jedem Fall begeistert, aber insgesamt doch loyal und effektiv diente. Verloren ging damit die politische Unschuld der Gesellschaft – sofern es diese jemals gegeben hatte –, da diese Allianz vielfältige Kollaborationsverhältnisse mit der politischen Macht begründeten. Mehr oder weniger festgeschrieben wurden solche Kollaborationsverhältnisse bzw. -angebote im 1942/43 entwickelten



**Festsitzung der DPG zum hundertjährigen Jubiläum. Am Rednerpult Carl Ramsauer, in der ersten Reihe links Ernst Brüche, Herausgeber der 1944 gegründeten Physikalischen Blätter; ganz rechts Arthur Axmann, Reichsjugendführer und Repräsentant der NS-Führung auf der Veranstaltung.**

„Programm der deutschen Physikalischen Gesellschaft für den Ausbau der Physik in Großdeutschland“, das man im Programmheft des Jahrgangs 1944 der „Verhandlungen der DPG“ publizierte und damit auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte. Die Ausarbeitung des Programms stand im Zeichen eines katastrophalen Kriegsverlaufs, zunehmender Engpässe in der materiell-technischen Basis der Kriegswirtschaft, wachsender Defizite im Bereich der Rüstungstechnologie und einer totalen Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg. Es ist so auch als spezieller Beitrag der deutschen Physikerschaft bzw. ihrer Standesorganisation für die volle Entfaltung des deutschen Kriegspotentials zu werten. Doch auch in diesem Falle ist dies nur die halbe Wahrheit, denn für den Realisten Ramsauer war es inzwischen wohl ebenso wichtig, der Physik in der Götterdämmerung des Dritten Reiches möglichst optimale Optionen für die Nachkriegszeit zu sichern. Dies entsprach nicht zuletzt Strategien, die insbesondere in den Chefetagen der deutschen Industrie verfolgt wurden und über

die Ramsauer aus seiner leitenden Industrietätigkeit sicherlich bestens informiert war. In euphemistischer Umschreibung wird dies auch im DPG-Programm selbst festgestellt, vermerkt es doch als Selbstverständlichkeit, „daß die Durchführung des Programms erst nach dem Siege in Frage kommt. Wenn trotzdem der Abdruck schon jetzt erfolgt, so geschieht dies deswegen, um den langjährigen Vorarbeiten der Gesellschaft einen vorläufigen Abschluß zu geben.“ In diesem Sinne war das Programm sowohl ein Akt der Selbstmobilisierung der Physiker, ihr Scherlein für den vermeintlichen Endsieg beizutragen, als auch eine Aktion der Selbstrettung im Zeichen der sich abzeichnenden militärischen Niederlage. Die klassische oder gar radikale Form von Selbstgleichschaltung ist dies sicherlich nicht, doch war solches Verhalten der DPG und ihrer Repräsentanten mitnichten ein a-politisches!

Bevor die DPG in den Strudel des Untergangs des Dritten Reiches gerissen wurde, versammelte man sich noch einmal am 18. Januar 1945 zu einer Festsitzung, um das hundertjährige Gründungsjubiläum zu feiern. Im Großen Hörsaal des Physikalischen Instituts am Reichstagsufer, der auch Ort des berühmten Physikalischen Kolloquiums war, wurde nicht nur der Vergangenheit der Gesellschaft und der einstigen Größe der Physik in Deutschland gedacht, sondern die Veranstaltung wurde auch zum Forum, das neue Programm der DPG und seiner Forderung nach einem effektiveren Kriegseinsatz der physikalischen Forschung letztmalig zu propagieren. In seiner Begrüßungsansprache hatte Ramsauer in diesem Zusammenhang ausgeführt, dass „die heutige Physik nicht mehr eine bei aller Bedeutung eng begrenzte Wissenschaft ist, sie ist zu einem technisch-militärischen Faktor ersten Ranges geworden, dessen gegenwarts- und zukunftsentscheidende Bedeutung nicht nur wir, sondern auch unsere Gegner immer mehr erkennen ... die zukunftsentscheidende Bedeutung der physikalischen Forschung für Frieden und Krieg geben uns damit die Plattform für unsere Entschlüsse in dem weiteren Ausbau der deutschen Physik.“

Vier Monate später war nicht nur das einst so prunkvolle Physikalische Institut am Reichstagsufer eine Ruine – es brannte in den Kämpfen um das Regierungsviertel im April 1945 aus –, auch die

DPG gab es nicht mehr. Nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation wurden alle Parteien und Organisationen in Deutschland von den Alliierten aufgelöst – darunter auch die DPG und die Gesellschaft für technische Physik. 1946 kam es zur Neugründung verschiedener Regionalgesellschaften in den Besatzungszonen, die sich 1950 zum Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften zusammenschlossen, aus dem wiederum 1963 die neue Deutsche Physikalische Gesellschaft hervorging – damals noch durch den Eisernen Vorhang von den Physikern der DDR getrennt, die sich erst 1990 anschließen konnten.

### Fazit

Überblickt man die zwölfjährige Geschichte der DPG im Dritten Reich, so war sie anfangs von einem passiven Aufbegehren gegenüber politischen und ideologischen Übergriffen des Naziregimes geprägt. Dies führte zu einer weitgehenden wissenschaftspolitischen Marginalisierung der Gesellschaft, bewahrte sie aber vor einer schnellen und radikalen Gleichschaltung. An der Wende zu den 40er-Jahren und nicht zuletzt in der Ära Ramsauer löste sich die DPG zunehmend aus ihrer Nischenexistenz. Wissenschaftliche Rationalität, Opportunismus und zuweilen auch Regimenähe führten zwar zu keiner Mittäterschaft in Kernbereichen der NS-Politik, doch war auch diese Zeit – im Gegensatz zu den apologetischen Nachkriegsdarstellungen der DPG-Repräsentanten – allzu selten durch Zivilcourage und Aufbegehren dem NS-Staat gegenüber geprägt, vielmehr wurde man zu Komplizen der aggressiven Kriegspolitik Nazideutschlands.

- ▶ *A. Beyerchen*, Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich, Kiepenheuer und Witsch (1980)
- ▶ *K. Hentschel* (Hrsg.), Physics and National Socialism: An Anthology of Primary Sources, Birkhäuser (1996)
- ▶ *D. Hoffmann*, Phys. perspect. 7, 293 (2005)
- ▶ *F. Litten*, Mechanik und Antisemitismus – Wilhelm Müller (1880–1968), LMU München (2000)
- ▶ *H. Mehrrens* und *S. Richter* (Hrsg.). Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie, Suhrkamp (1980)
- ▶ *Th. Mayer-Kuckuk* (Hrsg.), 150 Jahre Deutsche Physikalische Gesellschaft, VCH Verlagsges., Weinheim (1995) [Phys. Blätter, Januar 1995]
- ▶ *M. Walker*, Nazi Science: Myth, truth, and the German Atomic Bomb, Perseus Books (1995)